LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
11. Wahlperiode

Drucksache 11/518
19. 11. 1987

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dieckvoß (F.D.P.)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr

Bevorstehende Einsparungs-Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn im Raume Landau/Pfalz

Die **Kleine Anfrage 287** vom 26. Oktober 1987 hat folgenden Wortlaut:

In der Antwort des Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 15. Oktober 1987 (Drucksache 11/378) auf meine Kleine Anfrage Nr. 214 vom 23. September 1987 heißt es, daß die Deutsche Bundesbahn bis Ende 1990 ihr Personal um 30 000 Mitarbeiter – von derzeit 260 000 auf dann 230 000 – vermindern wolle, wobei sich diese Personalverminderung – nach Angaben der Bundesbahn – etwa gleichmäßig auf alle Bundesländer auswirken solle. Im Bereiche der Stadt Landau wird befürchtet, daß im Zuge der erwähnten Personalabbau-Maßnahmen der Bahnhof Landau seine „Knotenfunktion" verlieren solle.
Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, daß der Bahnhof Landau/Pfalz seine derzeitge „Knotenfunktion" einbüßen soll?
2. Trifft es ferner zu, daß hierdurch sämtliche kleinere Bahnhöfe um Landau herum tangiert sind – etwa die Bahnhöfe von Germersheim, Bellheim, Kandel, Bad Bergzabern und Godramstein (bei denen es sich noch mit Personal besetzte Haltepunkte handelt) sowie die Bahnhöfe Herxheim, Offenbach, Insheim, Rohrbach, Winden, Dreihof, Hochstadt, Lustadt und Westheim (unbesetzte Haltepunkte) –, indem jedenfalls Auswirkungen auf den Güterverkehr anzunehmen sind und damit gerechnet werden muß, daß infolge der schlechteren Bedienung der bisher auf der Schiene abgewickelte Stückgut-Verkehr sich in noch stärkerem Maße als bisher auf die Straße verlagern wird?
3. Treffen ferner Befürchtungen zu, wonach der Bahnpolizeiposten in Landau bis Ende des Jahres 1987 nach Neustadt/Weinstraße verlagert werden soll, obwohl kürzlich in Landau erst neue zusätzliche Diensträume geschaffen wurden, die in Neustadt insgesamt erst neu zu errichten wären?

Das **Ministerium für Wirtschaft und Verkehr** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 19. November 1987 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Deutsche Bundesbahn plant, wie die Landesregierung in der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage in der Plenarsitzung des Landtags am 12. November 1987 dargelegt hat, im Rahmen ihrer Konzeption für kurz- und mittelfristige Rationalisierungsmaßnahmen auf der Dienststellenebene auch Organisationsänderungen im Raum Landau. Hierzu gehört die Neuordnung der Knotenpunktbereiche.

Die Bundesbahn beabsichtigt, den Knotenpunktbahnhof Landau aufzulösen und seine Funktion den Knotenpunktbahnhöfen mit höherem Aufkommen, nämlich Neustadt, Wörth und Speyer, zu übertragen. Hinzu kommt, daß der bisher an Landau angeschlossene Bahnhof Germersheim näher von Speyer bedient werden kann.

Wegen der in Landau vorgesehenen Rationalisierungsmaßnahmen hat das Bundesverkehrsministerium das Hauptprüfungsamt der Deutschen Bundesbahn mit einer Überprüfung beauftragt. Der Schlußbericht des Hauptprüfungsamtes wird für Ende November erwartet.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 25. November 1987

Zu Frage 2:

Die Landesregierung hat in den mit der Deutschen Bundesbahn und dem Bundesverkehrsministerium geführten Gesprächen darauf hingewirkt, daß die Güterverkehrsbedienung im Raume Landau nicht beeinträchtigt wird. Dies hat die Bundesbahn zugesagt. Die Landesregierung erwartet hierzu auch eine Bestätigung durch das Gutachten des Hauptprüfungsamtes.

Die Deutsche Bundesbahn überprüft allerdings darüber hinaus derzeit bundesweit die Bedienung im Stückgutverkehr und die Tarifpunkte im Wagenladungsverkehr. Diese Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Über etwaige Konsequenzen sind deshalb derzeit noch keine Aussagen möglich.

Zu Frage 3:

Es trifft nicht zu, daß der Bahnpolizeiposten Landau bis Ende 1987 verlagert werden soll. Überlegungen der Bundesbahn, einen neuen Bahnpolizeiposten in Neustadt/Weinstraße einzurichten und in Landau einen Polizeistützpunkt zu belassen, sind noch nicht abgeschlossen. Auch diese Maßnahme wird derzeit durch das Hauptprüfungsamt der Deutschen Bundesbahn überprüft.

Brüderle
Staatsminister